



Sprachverwirrung

von Martin G. Petrowsky

Viel war in den letzten Wochen bei uns in Österreich von „Polarisierung“, von der „Spaltung der Gesellschaft“ die Rede, und die Medien, die bekanntlich von Konflikten profitieren (*only bad news are good news*), haben das Ihre dazu beigetragen. Geradezu amüsant war dabei, dass den Bundespräsidentenskandidaten besonders häufig die Frage nach ihrem „Amtsverständnis“ gestellt wurde – obwohl in wahlfreien Zeiten dieses Amt weitgehend als überflüssig bezeichnet wird. Der Unterschied in den Antworten hat deutlich gemacht, dass sich auch Bewerber um das höchste Amt im Staat offensichtlich nicht immer bewusst sind, dass der „Staat“ nichts anderes ist, als das gesetzliche Regelwerk und die Struktur, die sich eine Gesellschaft zur Wahrung der Lebensgrundlagen und Interessen ihrer Bürger gegeben hat. Die Repräsentanten des Staats sind daher dieser Gesellschaft verpflichtet, was natürlich friedens- oder wohlförderungsförderndes Engagement zugunsten anderer Gesellschaften (Staaten) nicht ausschließt. Während der letztlich unterlegene Kandidat sich zu dieser dem Amt innewohnenden Priorität bekannt hat, betonte der Wahlsieger konsequent, er wolle sich gleichermaßen für alle im Land lebenden Menschen ohne Bevorzugung der Staatsbürger einsetzen.

Da ich mir vorgenommen habe, diesmal keinen politischen Artikel zu schreiben, möchte ich dieses Thema zum Anlass für sprachpsychologische Überlegungen nehmen; mit der Neudeutung eines Begriffs kann schließlich unser Denken subtil beeinflusst werden. Ich zitiere immer gerne den prophetischen Satz von Nietzsche: „Der wirkliche Machthaber der Zukunft wird der sein, der neue Sprachregelungen durchsetzen kann!“ Eben noch positiv besetzten Begriffen wird derart ein negativer Beigeschmack verpasst.

Wir sprechen (schon seit dem Altertum!) so gerne vom „Weltbürgertum“ als der besseren Alternative zur „Staatsbürgerschaft“, um nationalistische Expansionswünsche zu diskreditieren. Wir übersehen dabei aber gerne, dass wir mit der Abschaffung der eigenen staatlichen Ordnung den Schutz durch jenen Staat, dessen Staatsbürger wir waren, verloren haben. Und glaubt tatsächlich heute noch irgendjemand, dass die UNO oder ein von unterschiedlichsten Interessen getriebener Staatenbund diesen Schutz gewährleisten kann?

Unser nicht nur sprachlich sorgloser Umgang mit der Staatsbürgerschaft führt leider auch zu einem krassen Mangel an Klarheit bei gesellschaftspolitischen Diskussionen und legisla-



My Riam: Rosenblatt

tiven Maßnahmen. Wie freue ich mich daher, dass wir gerade für dieses Heft zwei Stellungnahmen erhalten haben, die darauf hinweisen, dass die den Staatsbürgern gewährten Rechte eine Kehrseite haben: nämlich Pflichten! Bitte sehen Sie den Kommentar von Inge Stahl (S. 5) und den Leserbrief von Irntraud Zotti (S. 4) als Einladung zu weiterer Diskussion an.

Im Nachlass Erika Mitterers habe ich übrigens eine Glosse mit dem Titel *Begriffsverwirrung* gefunden, die am Beispiel des Worts „Diskriminierung“ genau unser aktuelles Sprachpräzisionsdefizit beleuchtet. Diesen Text finden Sie auf S. 47, und der letzte Satz scheint mir so zutreffend, dass ich ihn schon hier zitieren will:

*Wenn wir weiterhin alle Unterschiede verwischen und es nicht mehr wagen, die Dinge bei ihren richtigen Namen zu nennen, wenn wir also **niemand** diskriminieren wollen, dann sind zuletzt alle diskriminiert, und jeder Versuch, junge Menschen zum Guten zu erziehen, Recht zu sprechen und Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten ist damit von vorneherein zum Scheitern verurteilt.*

Und weil Erika Mitterer in ihrer Glosse auch von der Diskriminierung von Straftätern spricht, steuere ich hier ein weiteres Beispiel einer „neuen Sprachregelung“ aus jüngster Vergangenheit bei: Nach dem grauenhaften Amoklauf eines Vorarlberger Skinheads mit zwei Todesopfern und mehr als zehn zum Teil Schwerverletzten sagte der Polizeisprecher: „Wir haben eine Klientel im Land ...“ die ständig beobachtet würde und der der Todesschütze angehört habe. Nach allgemeinem Sprachverständnis werden die Kunden eines Unternehmens oder die Stammgäste eines Theaters als „Klientel“ bezeichnet, und ich hätte gemeint, die Klientel der Polizei seien die ihrem Schutz anvertrauten Bürger und die Gäste in unserem Land. Gewalttätige Verbrecher sind üblicherweise eher die Klientel der Gefängnisse. Aber wahrscheinlich hat auch diese Sprachverwirrung mit Antidiskriminierung zu tun ...